

HERBST / WINTER 2025



EZRA- NEWSLETTER

ezra eröffnet Regionalstelle
für Ostthüringen in Gera

Wir sind da,
wenn es zählt

Ein warmer Augusttag, Sonnenlicht fällt durch die Fenster des Gemeindehauses der Evangelisch-Lutherischen Stadtkirche in Gera. Im Saal herrscht geschäftiges Treiben: Mikrofone werden getestet, Blumen arrangiert, Sektgläser bereitgestellt. Die Stimmung ist erwartungsvoll: *ezra* wird gleich die erste Regionalstelle der Opferberatung eröffnen. In Ostthüringen – mitten in einer Region, die seit Jahren ein Schwerpunkt rechter Gewalt ist.

Von nun an beraten Miriam Gese und Christine ten Venne Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Gera, im Landkreis Greiz und im Altenburger Land. Beide leben in Gera, kennen die Lage vor Ort. *»Wir haben ein starkes Netzwerk ehren- und hauptamtlich Engagierter, auf das wir zurückgreifen können«*, sagt Gese.

»Wir sind da, wenn es zählt«, betont Projektleiter Franz Zobel. *»Das Regionalbüro Gera ist nicht nur eine*



ezra-Projektleiter Franz Zobel und *ezra*-Beraterin Miriam Gese

Außenstelle – sie ist ein sicherer Ort für Betroffene, die Bedrohung, Gewalt oder Einschüchterung durch rechte Akteure in Ostthüringen erleben.«

Zahlreiche Gäste aus Politik, Behörden und Zivilgesellschaft unterstreichen in Grußworten die Bedeutung der neuen Beratungsstelle.

EZRA-NEWSLETTER — Inhalt

- | | |
|-----------------------------|-------------------------------|
| 1 THEMA OSTTHÜRINGEN | 16 Noch schlimmer |
| Wir sind da, wenn es zählt | als gedacht |
| 5 Junge Nazis | 17 PROZESSBEOBACHTUNG |
| in Ostthüringen | 20 BERATUNGSALLTAG |
| 7 Mobilität in Angst | 24 RÜCK- UND AUSBLICKE |
| 8 KOOPERATIONS- | 32 ELLY |
| PARTNER*INNEN | 34 Das Versprechen |
| 12 CHRONIK | erneuern! |
| | 36 IMPRESSUM |



Udo Götze, Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie

Finanzministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin Katja Wolf schreibt: *»Solche brutalen Angriffe lösen etwas in den Opfern aus, machen Angst, hinterlassen tiefe Wunden – körperliche und seelische. Dort Hilfe zu leisten, Mut zu machen, Rat zu geben und Menschen nicht allein lassen – das ist die Aufgabe, der Sie sich künftig hier in Gera stellen werden.«*

Udo Götze, Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie, warnt vor Ausgrenzung und wachsendem Antisemitismus. Kirchenrätin Katharina Passolt formuliert ihre Vision anhand Martin Luther Kings *»I have a dream«*: Ein Gera, in dem sich Menschen in Achtsamkeit, Menschenwürde und Freundlichkeit begegnen. Edouard



Kirchenrätin Katharina Passolt



Edouard Yendell, Bündnis Vereint für Demokratie

Yendell vom Bündnis *Vereint für Demokratie* beschreibt den Auftrag ezras mit drei Worten: »*Schutz, Begleitung, Hoffnung.*«

Auch Christoph Zippel (Vorsitzender im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie im Thüringer Landtag) mahnt: »*Hass im Netz und Hass auf der Straße sind zwei Seiten derselben Medaille. Dieser Realität muss gemeinsam entschlossen entgegengetreten werden – mit Mut und mit Haltung.*«

Wie wichtig konkrete Unterstützung ist, macht Mohamad Akef Otari deutlich. Nach einem Brandanschlag auf den AbLI e. V. in Altenburg, dessen Vorsitzender er ist, organisierte er Workshops für Betroffene. »*Wir sind nicht stehen geblieben. Wir haben Workshops organisiert, um Menschen zu informieren und Bewusstsein zu schaffen.*« Gleichzeitig macht er deutlich, dass Menschen nach rechten Angriffen mitunter Angst haben, Anzeigen zu stellen – umso wichtiger sei daher das Beratungsangebot von ezra.

Ermöglicht wird die Beratungsstelle durch das Bündnis *Vereint für Demokratie*, welches die Finanzierung für 2025 übernimmt. Nun hofft ezra auf eine Weiterfinanzierung durch das Land Thüringen – und somit auf ein klares Signal an die Betroffenen rechter Gewalt in Ostthüringen. ◀



Mohamad Akef Otari, Vorsitzender AbLI e. V.



v.l.n.r. Christoph Zippel (Vorsitzender im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie im Thüringer Landtag), Staatssekretär Udo Götze und Peter Glotz (SPD)

Junge Nazis in Ostthüringen

Präsent, gewaltbereit und vernetzt

Immer häufiger schließen sich junge, teils minderjährige Menschen der rechten Szene im Bundesgebiet an. Auch in Ostthüringen beobachten wir dies. Sie sind aggressiv im Auftreten und zeigen sich gewaltbereit. Damit schaffen sie Angsträume für marginalisierte Menschen und politische Gegner*innen.

Hier einige Schlaglichter aus Ostthüringen: Im Februar und Mai 2025 werden unter anderem im Altenburger Land und im Ilm-Kreis mutmaßliche Mitglieder des Neonazi-Netzwerks *Letzte Verteidigungswelle* festgenommen. Diese Jungnazis vernetzen sich in Chatgruppen, bereiten sich auf den ›Tag X‹ vor und planen Anschläge auf Geflüchtete, Politiker*innen oder Journalist*innen. Anfang 2025 verüben zwei Personen einen Brandanschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft in Schmölln, einer Kleinstadt im Altenburger Land. Es ist großes Glück, dass dabei niemand verletzt wurde. Klar ist: Die jungen Neonazis legen es mit diesem und anderen Anschlägen darauf an, Menschen zu verletzen oder sogar

zu töten. Die Generalbundesanwaltschaft stuft das Netzwerk der Jungnazis als terroristische Vereinigung ein. Das Gerichtsverfahren steht noch aus. In Gera gründet sich im Sommer 2024 die *Gersche Jugend*, eine Gruppe junger, in Teilen minderjähriger Neonazis. Am 3. Oktober 2024 bekommen diese von dem Organisator der extrem rechten Gerarer Montagsaufmärsche Christian Klar ein Megafon und ein Banner überreicht. Hier soll, wie Klar behauptet, Peter Schmidt Bereitschaft gezeigt haben, dieses mitzusponsern. Schmidt ist Geschäftsführer der *JENA-TEC* und trat 2024 bei der Landtagswahl für die *WerteUnion* an.

Die *Gersche Jugend* läuft eine Zeit lang mit dem Banner als separater Block und teils uniformiert an der Spitze der montäglichen Aufmärsche. Christian Klar lobt die Gruppe für ihre Präsenz und ihren extrem rechten Aktivismus öffentlich – die Teilnehmenden der rechten Versammlung applaudieren und feiern sie dafür.

In der Stadt Gera ist die rechte Raumnahme nun zusätzlich durch die

Gersche Jugend deutlich spürbar. Nicht nur durch vermehrtes Kleben von rechten Stickern im öffentlichen Raum oder gehäuft auftauchender Graffiti mit Nazisymbolik, sondern vor allem durch gemeinsames, machtdemonstrierendes Auftreten im Stadtbild. So kommt es in den letzten Monaten oft vor, dass sich die Mitglieder der *Gerschen Jugend* einige Stunden vor dem Beginn der rechten Montagsdemo, auf einem großen öffentlichen Platz in Gera treffen, einen Angstraum schaffen und regelmäßig die traditionelle Montagsdemo für soziale Gerechtigkeit stören und bepöbeln. Dazu tragen ihr Auftreten in größeren Gruppen, extrem rechte Szenekleidung sowie drohende Gesten und Lautstärke bei. Anschließend ziehen sie gemeinsam weiter in Richtung Hofwiesenparkplatz, den Startpunkt der wöchentlichen extrem rechten Aufmärsche.

Immer wieder berichten Teilnehmende des Gegenprotestes vor dem Theater, dass sie auf dem Weg zum Kundgebungsort von jungen Neonazis angefeindet und bedroht werden. In der Vergangenheit ist die *Gersche Jugend* auch durch tätliche Angriffe auf marginalisierte Personen aufgefallen. Betroffene und als Feindbild markierte Menschen fühlen sich oft von offiziellen Stellen nicht ausreichend ernst genommen und geschützt. Die Bedrohungslage ist nicht nur montags in Gera spürbar, denn die Präsenz der

Jungnazis besteht auch im Alltag: Aus dem Nichts werden Menschen auf der Straße angeschrien – auch wenn die Neonazis nur zu zweit unterwegs sind. Diese Aggressivität und Verrohung ist äußerst erschreckend.

Zwar sind die Aktivitäten unter dem Label der *Gerschen Jugend* in den letzten Monaten deutlich zurückgegangen, dennoch hat sich deren politische Einstellung und das bedrohliche Auftreten nicht verändert. Teile der Gruppe orientieren sich an anderen extrem rechten Gruppen, wie den *Jungen Nationalisten* (Jugendorganisation der Partei *Die Heimat*, ehemals *NPD*) oder *Deutsche Jugend voran*. Es zeigt sich, dass sich durch die Online-Vernetzung immer wieder neue Strukturen bilden, welche mit einer Ideologisierung und Vernetzung von Mitgliedern einhergehen kann.

Zum CSD in Gera Ende September versucht die *Gersche Jugend* mit störenden Aktionen ein Comeback. Deren Aufruf folgen aber nur wenige. Sie feinden verbal den Demonstrationzug vom Rand aus an und zeigen die Reichskriegsflagge.

Klar ist: Die Bedrohungslage in Ostthüringen durch junge, gut vernetzte Neonazis bleibt bestehen. ◀

Mobilität in Angst

Wenn der öffentliche Nahverkehr kein sicherer Ort ist

Für viele ist der öffentliche Nahverkehr essenziell: Er ermöglicht Teilhabe, Zugang zu Bildung, Arbeit, medizinischer Versorgung und sozialem Leben – besonders in ländlichen Regionen oft alternativlos. Doch was, wenn dieser Raum nicht als sicher erlebt wird? Wenn der Weg zur Schule, zur Arbeit oder zum Supermarkt zur täglichen Bedrohung wird, weil rassistische Angriffe jederzeit möglich erscheinen?

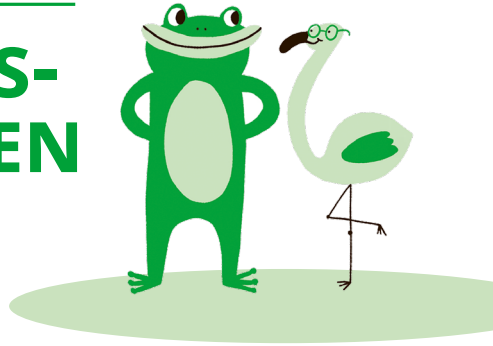
Für Menschen, die rassistische Gewalt erleben – sei es durch Anfeindungen oder körperliche Übergriffe – wird Bus- und Bahnfahren zum Angstraum. Ein Beispiel: L., eine von *ezra* beratene Person, wird an einer Haltestelle aufgrund rassistischer Zuschreibungen zur Zielscheibe. In einer einfahrenden Straßenbahn hofft sie Schutz zu finden. Doch der Fahrer lässt L. nicht einsteigen – mutmaßlich, um auch die Angreifer draußen zu halten. L. bleibt allein zurück, der Situation schutzlos ausgesetzt. Erst ein später eintreffender Bus hilft ihr, die Polizei nimmt die Täter fest. Die Folgen: Angst, ständige Anspannung,

Rückzug. L. meidet den Nahverkehr zu bestimmten Uhrzeiten, ist auf Begleitung angewiesen, fährt Umwege – und zieht sich schließlich ganz aus dem öffentlichen Raum zurück. Nur durch die Nutzung eines Dienstwagens kann sie mobil bleiben.

Solche Gewalterfahrungen führen nicht nur zu seelischen Belastungen, sondern auch zu realen Nachteilen: Wer sich nicht sicher fühlt, verliert Bildungs-, Arbeits- und Teilhabechancen. Rassistische Gewalt wirkt weit über den Moment hinaus – sie isoliert, macht krank und verstärkt strukturelle Ausgrenzung.

Problematisch ist nicht nur die Gewalt selbst, sondern auch das häufige Wegschauen von Mitfahrenden und Personal. Das Gefühl, allein zu sein, verstärkt die Angst. Deshalb braucht es einen aktiv antirassistischen Nahverkehr: mit geschultem Personal, klaren Meldewegen, öffentlichem Bekenntnis zu Nulltoleranz und gelebter Zivilcourage. Mobilität darf kein Privileg sein – sie muss für alle sicher und angstfrei möglich sein. ◀

KOOPERATIONS- PARTNER*INNEN



Omas gegen Rechts gründen sich in Gera — Interview

Ihr habt euch 2025 neu gegründet. Warum ist das aus eurer Sicht für eine Stadt wie Gera notwendig oder sinnvoll?

Gera braucht sichtbaren Widerpruch gegen das, was wir täglich an Hass und Hetze lesen, hören und spüren. Die *Omas gegen Rechts Gera* machen genau das. Unser Bündnis soll außerdem die Zivilgesellschaft zusammenbringen und zeigen, dass es sich lohnt, in jedem Alter für demokratische Grundwerte einzustehen und dafür zu streiten.

Wir sind hauptsächlich Frauen, ein paar Opas sind auch dabei und herzlich willkommen. Wir stehen feministisch, solidarisch, mit Humor und klarer Kante gegen Rassismus, Antisemitismus und Frauenfeindlichkeit da.



Wie seid ihr gestartet?

Zu Beginn galt es erst einmal, geeignete Räume und Antworten auf sicherheitsrelevante Fragen zu finden. Eine lange Anlaufphase gab es aber nicht – viele Mitglieder sind bereits engagiert, und so ging es direkt los. Wir haben Aktionen durchgeführt, wie etwa eine Lesung mit der *Heinrich-Böll-Stiftung*, beteiligen uns am Tag der offenen Gesellschaft, sind präsent am 1. Mai und jeden Montag vor dem Theater bei *Gutes für Gera*. Außerdem sind wir beim Sommerfest im Stadtteil Bieblach und beim CSD in Gera dabei.

Wie seid ihr im Raum Ostthüringen vernetzt?

Ganz besonders Rückenwind geben uns die Starthilfe und die Tipps von den *Omas* aus Leipzig, Jena und Zwickau. Wir sind mit verschiedensten Ostthüringer Bündnissen und auch bundesweit vernetzt. Das ist wichtig für schnelle Reaktionsfähigkeit, Reichweite, praktische Hilfe und auch gegenseitigen Schutz.

Kraft geben uns außerdem unsere Enkel, die Solidarität auf der Straße, der Dank von Betroffenen und das Feiern auch kleiner Siege – und natürlich Kaffee & Kuchen.

Was braucht es noch und von wem?

Wir brauchen mutige Institutionen statt falscher ›Neutralität‹, sichere Räume, Beratungsangebote und Trainings vor Ort, etwa Fallbegleitung, Monitoring, Schulungen und bei Bedarf psychosoziale Hilfe (zum Beispiel von ezra). ◀

Wir gratulieren:

Gutes für Gera feiert Einjähriges

Gera ist für seine regelmäßigen extrem rechten Aufmärsche bekannt. Doch seit dem Spätsommer 2024 stellt ihnen *Gutes für Gera* jeden Montag ein anderes, deutlich sichtbares Bild gegenüber – vielfältig, kreativ und unübersehbar. Während die Rechtsextremen ihre Routen durch die Innenstadt ziehen, findet am Geraer Theater die Kulturkundgebung statt. Damit wird nicht nur ein Ort zurückgewonnen, sondern ein neues Ritual geschaffen.

»Von Anfang an war uns klar: ›Gutes für Gera‹ ist mehr als ein Gegenprotest. Es geht

darum, den öffentlichen Raum in unserer Stadt zurückzuerobern. Ein Signal. Dieselben Straßen, auf denen montags rechte Parolen gerufen wurde, sollten nun ein Ort der Begegnung, des Austauschs und des Feierns werden«, erklärt Janusz vom Aktionsbündnis Gera gegen Rechts.

Mit der Eskalation rund um das Compact-Sommerfest im Juli 2024, war es durch die versäumte Anmeldung der rechten Proteste auf dem Theaterplatz möglich geworden, an genau der Stelle, an der Woche für Woche Hetze, Verschwörungserzählungen und rechtsextreme Propaganda verbreitet wurden, nun eine eigene Versammlung anzumelden. Statt rassistischer und demokratiefeindlicher Parolen sollen hier Stimmen für Offenheit, Respekt und eine solidarische Gesellschaft zu hören sein. Denn unsere Stadt ist Raum für Kultur, für Austausch, für gelebte Vielfalt – und für eine Zivilgesellschaft, die laut und sichtbar widerspricht.

Die ersten Male im Spätsommer

2024 waren geprägt von Improvisation, organisatorischer Unsicherheit und konzeptionellen Fragen zur Beteiligung. Doch schnell zeigte sich, dass das Bedürfnis nach genau diesem Gegenentwurf groß war. Musiker*innen,



Redner*innen, Kulturschaffende und engagierte Bürger*innen boten an, das Programm mitzugestalten. So entstand nach und nach das Format der Kulturkundgebung.

Gutes für Gera ist politisch klar verortet. Mit dem Sichtbarmachen von Vielfalt und Queerness, der Mahnung vor einem weiteren Rechtsruck und der Verteidigung demokratischer Werte. Das Format schafft einen einladenden Raum, der Identifikation und Ermutigung bietet. Durch Musik, Lesungen oder künstlerische Performances wird eine breite Zielgruppe angesprochen, sich montags zu begegnen, kontinuierlich und verlässlich. Und das tut sie. Am 04.08.2025 konnte gefeiert werden. 52 Wochen. 52 Mal Haltung zeigen. 52 Mal *Gutes für Gera*. Für euch, mit euch, gemeinsam solidarisch. ◀

RIAS Thüringen

Jahresbericht 2024:

Breite gesellschaftliche Verankerung von Antisemitismus

Der neue Jahresbericht der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Thüringen macht deutlich: Antisemitismus hat im Freistaat im Jahr 2024 einen neuen Höchststand erreicht. Mit 392 dokumentierten Vorfällen wurde im Vergleich zum Vorjahr ein Zuwachs von etwa einem Drittel verzeichnet. Fast die Hälfte aller Vorfälle standen in direktem Bezug zum Terrorangriff der

Hamas am 7. Oktober 2023 und dem daraus folgenden Krieg.

Besonders beunruhigend: Erstmals ist israelbezogener Antisemitismus die häufigste Erscheinungsform mit 197 Fällen – fast eine Verdoppelung gegenüber 2023. Auch an Hochschulen hat sich die Lage deutlich verschlimmert. 2024 wurden dort 46 Vorfälle gemeldet, gegenüber zehn in 2023. Zudem bleibt der Post-Shoah-Antisemitismus – also die Relativierung, Verharmlosung oder Leugnung der Shoah sowie Täter-Opfer-Umkehr – mit 40 % der Gesamtvorfälle auf einem konstant hohen Niveau. Neben der extremen Rechten traten insbesondere links-antiimperialistische und verschwörungsideologische Milieus in Erscheinung.

Damit wird eine wesentliche Entwicklung bestätigt, die sich auch in der Beratungsarbeit von *ezra* zeigt: Antisemitismus hat eine breite gesellschaftliche Verankerung in Thüringen. Auch wir verzeichnen vermehrt Vorfälle unterhalb der Gewaltschwelle. Diese zeugen von einer merklichen Bedrohungslage gegenüber Jüdinnen und Juden, israelsolidarischen Menschen oder Mitarbeitenden von Gedenkstätten.

◀



Siebenhitze e. V.

Vereinsarbeit mit Haltung

Der gemeinnützige Verein *Siebenhitze e. V.* betreibt seit 2017 in Greiz das gleichnamige Vereinshaus. Als Ort des Austauschs, der Vernetzung und der Selbstorganisation bietet es Freiräume für Sub- und Jugendkultur und schafft Schutzräume für marginalisierte oder diskriminierte Personen und Gruppen.

Zu den regelmäßigen Angeboten gehört der Spendenladen, der alle zwei Wochen öffnet. Dort werden Kleidung, Haushaltsgegenstände und vieles mehr von einem ehrenamtlichen Team weitergegeben. Hauptnutzer*innen sind Geflüchtete. Ebenfalls fest etabliert ist die monatliche *Küfa* (*Küche für Alle*), bei der gemeinsam vegan gekocht und gegessen wird. Darüber hinaus dient das Haus verschiedenen Gruppen als Ort für Plena und Klausuren.

Seit 2024 ist auch das *Aktionsbündnis Kolibri* regelmäßig im Haus präsent. Mit seiner Gutschein-Tauschaktion unterstützt es Geflüchtete, die durch die Bezahlkarte systematisch von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden.

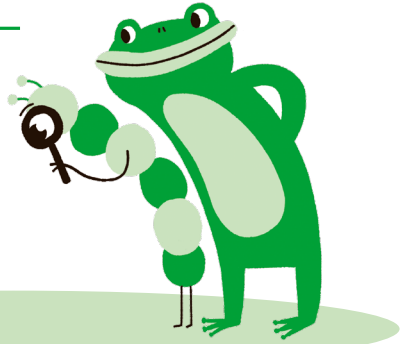
Neben sozialem Engagement spielt die Kulturarbeit eine zentrale Rolle. In den Räumen finden Ausstellungen, Podiumsdiskussionen, Filmvorführungen, Workshops und Netzwerktreffen statt – bewusst abseits von kommerziellen Zwängen und unab-

hängig von kommunalen Vorgaben. Mit Konzerten von Punkrock, Hip-hop und Metal bis hin zu House, Techno und Jazz bildet der Verein ein wichtiges kulturelles Zentrum in der Ostthüringer Provinz. Dabei versteht er Kultur stets auch als Ausdruck einer Haltung: für Menschenrechte, Antifaschismus und Feminismus. Theaterprojekte und Künstler*innen werden ebenfalls regelmäßig unterstützt.

Für dieses breite Engagement wurde der *Siebenhitze e. V.* mehrfach ausgezeichnet: 2023 mit dem *Thüringer Demokratiepreis*, insbesondere für die selbstorganisierte Aufnahme Geflüchteter aus der Ukraine nach Kriegsbeginn, und 2024 mit dem *Leuchtturmpreis des Flüchtlingsrates Thüringen* im Rahmen der solidarischen Tauschinitiativen. Der Verein ist Mitglied der *LAG Soziokultur Thüringen* und Teil des Netzwerks *Polylux*.

Inzwischen hat sich *Siebenhitze e. V.* über den Landkreis Greiz hinaus als wichtige Stütze der Zivilgesellschaft etabliert. Unterstützung durch Besuche, Veranstaltungen und natürlich Spenden (*Siebenhitze e. V.*, IBAN: DE35 8305 0000 0014 3495 40) ist immer gern gesehen. ◀

CHRONIK VON ANGRIFFEN



Neben der Beratung ist das Monitoring rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten eine zentrale *ezra*-Aufgabe. Seit der Gründung der Opferberatungsstelle 2011 wird jährlich eine Statistik veröffentlicht, die trotz vermuteter hoher Dunkelziffer ein realistischeres Bild des Ausmaßes rechter Gewalt in Thüringen zeichnen soll. In dieser werden Fälle mit einem rechten, rassistischen oder antisemitischen Motiv gezählt. Zu den rechten Tatmotiven zählen u. a. Queerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus und die Abwertung politischer Gegner*innen. Hier ist *ezra* für die Beratung physischer Gewalttaten (Körperverletzungen, (versuchte) Tötungen), Bedrohungen und massiven Sachbeschädigungen zuständig – diese fließen in die Statistik ein.

ezra arbeitet nach Qualitätsstandards, die durch den Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt (VBRG) festgelegt werden. Diese orientieren sich an der Definition

des Bundeskriminalamts zu »Politisch motivierter Kriminalität – rechts«.

Dass sich veröffentlichte Zahlen von *ezra* und staatlichen Stellen (z. B. dem Landeskriminalamt) unterscheiden, hat diverse Gründe: u. a. dass *ezra* auch massive Bedrohungen zählt. Zudem spielt die Perspektive der Betroffenen eine zentrale Rolle. Außerdem werden Fälle erfasst, die aus Angst vor Rache, fehlendem Vertrauen in staatliche Institutionen oder aufgrund unsicherer Aufenthaltstitel nicht zur Anzeige gebracht werden.

Auf der *ezra*-Webseite findet sich ergänzend eine Chronik rechter Vorfälle. Nicht alle dort veröffentlichten Fälle fließen in die Statistik ein. So umfasst die Chronik auch Fälle rechter Raumnahme, um zu verdeutlichen, dass rechte Gewalt durch gesellschaftliche Stimmung legitimiert wird. In der Statistik sind hingegen zusätzlich Fälle enthalten, bei denen der Veröffentlichung nicht zugestimmt wurde. ◀

www.ezra.de/chronik

Schmölln

Angriff auf Geflüchtetenunterkunft

5.1.2025

An eine Geflüchtetenunterkunft werden an der Fassade rassistische Schriftzüge und verfassungsfeindliche Symbole angebracht, außerdem wird eine Fensterscheibe in der Unterkunft eingeworfen. / Quelle: Presseportal

Gera

Rassistische Beleidigung und Bedrohung mit Messer in Straßenbahn

17.1.2025

In einer Straßenbahn von Bieblach-Ost ins Stadtzentrum beleidigt ein 36-jähriger zwei Migrant*innen rassistisch, zieht dabei ein Messer und bedroht die beiden Personen damit erheblich. An einer weiteren Straßenbahnhaltestelle schritt die Polizei ein. / Quelle: LPI Gera

Gera

Ukrainer wird bedroht und rassistisch beleidigt

22.1.2025

In einem Park wird ein Ukrainer von einem unbekannten Mann, welcher ihn mit einem unbekannten langen Gegenstand unvermittelt bedroht, rassistisch beleidigt. / Quelle: LPI Gera

Erfurt

Bedrohung einer Schwarzen Frau durch AfD-Wahlkämpfer

14.2.2025

Ein AfD-Wahlkämpfer verteilt in einem Wohngebiet Wahlwerbung im laufenden Bundestagswahlkampf. Eine Anwohnerin spricht den AfDler auf der Straße an *»Ich hoffe, dass diese Nazi-Propaganda nicht in meinem Briefkasten gelandet ist.«* Der AfDler gibt sich sieges-sicher, was die Wahlergebnisse anbelangt und droht ihr *»Dann wird es dich hier nicht mehr geben.«* Als Schwarze Frau fasst die Betroffene dies als Drohung auf und verlässt die Situation. Quelle: Persönliche Kontaktaufnahme

Weimar

Queerfeindlicher Angriff im Weimarer Hauptbahnhof

28.2.2025

Zwei befreundete queere Personen treffen sich in der Haupthalle des Weimarer Hauptbahnhofs. Dort werden sie von einer Gruppe junger Erwachsener angesprochen und bedrängt, ob sie links seien und welches Geschlecht sie hätten. Die Angreifer beginnen, die beiden zu bedrohen und schließlich auch zu schlagen. Erst nach einiger Zeit greift eine unbeteiligte Person ein, sodass die Betroffenen aus der Situation entkommen können. Quelle: Persönliche Kontaktaufnahme

Ilmenau

Kind wird durch Nachbarin aus rassistischen Gründen angegriffen

3.3.2025

Ein Mann, der mit einer Schwarzen Frau verheiratet ist, fühlt sich von seinen Nachbarn bedroht, die ein *AfD*-Plakat in ihrem Garten aufgestellt haben und sich offensichtlich als Anhänger dieser Partei zu erkennen geben. Eine Begegnung mit der Nachbarin eskaliert, es kommt zu einer verbalen Auseinandersetzung, bei der die Nachbarin das Kind des Mannes rassistisch beleidigte.

Quelle: Persönliche Kontaktaufnahme

Ilmenau

Schüsse auf Studierende der TU Ilmenau

10.4.2025

Laut Polizeimeldung werden ab ca. 19:30 Uhr Menschen aus einem Auto heraus mit Gummigeschossen beschossen. Betroffene berichten, dass gegen 20 Uhr die ersten Notrufe abgesetzt werden. Gegen 21:15 Uhr werden aus dem Auto heraus Personen auf dem Campus der *Technischen Universität Ilmenau* beschossen. Mindestens acht Personen werden durch Projektile verletzt, schätzungsweise sieben weitere Personen werden getroffen, aber bleiben unverletzt. Weitere Personen haben die Tat

beobachtet. Die Täter fahren mehrere Stunden durch Ilmenau. Sie beschleunigen wiederholt beim Zufahren auf Studierende und entfernen sich nach wiederholten Schüssen rasant fahrend vom Tatort.

Aufgrund der überwiegenden Zielrichtung der Schüsse auf internationale Studierende und des Kennzeichens des Autos der Täter besteht der Verdacht auf ein rechtsextremes, rassistisches Tatmotiv. Augenzeug*innen können das Kennzeichen erkennen und melden den Vorfall der Polizei. Diese trifft jedoch erst gegen 22:00 Uhr auf dem Campus ein, also fast zwei Stunden nach Absetzen des Notrufs. Es werden lediglich die Daten der Geschädigten aufgenommen. Die Daten der Zeug*innen werden nicht aufgenommen. Ein Betroffener berichtet vier Wochen nach dem Angriff von anhaltenden Schmerzen an einer Einschussstelle.

Quelle: Persönliche Kontaktaufnahme

Weida

Angriff auf Mensch mit Beeinträchtigung

22.4.2025

Drei Personen greifen einen 20-jährigen an, wozu sie sich zuvor verabredet haben sollen. Die beiden Männer aus der Gruppe schlagen und treten den 20-jährigen, welcher massive Verletzungen davon trägt, während die Frau

die Tat mit dem Telefon filmt. Als Grund für den Angriff steht ein ableistisches Motiv im Raum.

Quelle: Presseportal

Update

Im Zuge des Ermittlungsverfahrens stellte sich die extrem rechte Verortung der Täter*innen heraus. Mehrere Täter sind einschlägig vorbestraft. Während die Täter in einer Fernsehdokumentation bemüht sind, sich als ›geläutert‹ darzustellen, fiel einer der Täter im Gerichtsverfahren durch das gut sichtbare und lange Zeigen des *Whitepower*-Zeichens auf. Dieses wurde durch das Gericht nicht gerügt. Im Laufe des Prozesses wurden durch die Täter Vorwürfe gegenüber dem Betroffenen geäußert, welche diesem eine Verantwortung für den Angriff auf sich zuschreiben und als Rechtfertigung genutzt werden. Ein politisches Tatmotiv wurde vor Gericht nicht herausgearbeitet und somit nicht in die Urteilsfindung einbezogen.

Quelle: Persönliche Kontaktaufnahme

Erfurt

Rassistischer Angriff bei Fahrkartenkontrolle

18.6.2025

Zwei Schwarze Frauen werden während einer Fahrkartenkontrolle in der Straßenbahn rassistisch diskriminiert und anschließend körperlich angegrif-

fen. Die Betroffenen leiden unter physischen und psychischen Folgen.

Quelle: Persönliche Kontaktaufnahme

Erfurt

Antisemitischer Angriff in Straßenbahn

26.9.2025

In Erfurt wurde ein Mann in einer Straßenbahn aufgrund seiner Halskette mit einem Davidstern zusammengeschlagen und beleidigt. Der Täter versuchte zudem, den Betroffenen aus der Straßenbahn zu werfen.

Quelle: Landespolizeiinspektion Erfurt, Presseportal

Gehren

Angriff auf Geflüchtetenunterkunft

27.9.2025

In Gehren (Ilmenau) hat ein 21-jähriger Deutscher bei einer Unterkunft für Geflüchtete zunächst eine Scheibe eingeworfen. Anschließend warf er gezündete Pyrotechnik durch das Fenster. Eine 46-jährige Bewohnerin erlitt leichte Verletzungen.

Quelle: MDR

Noch schlimmer als gedacht

Thüringen ist bundesweit unter den Spitzenreitern bei rechtsmotivierten Gewalttaten

Eine im August erschienene Antwort der Bundesregierung auf eine *Kleine Anfrage* im Bundestag verdeutlicht: Das Problem rechter Gewalt in Thüringen ist noch massiver als bislang bekannt. Neben den von *ezra* bereits im April gemeldeten 206 Fällen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt im Jahr 2024 wurden weitere 79 Verdachtsfälle identifiziert.

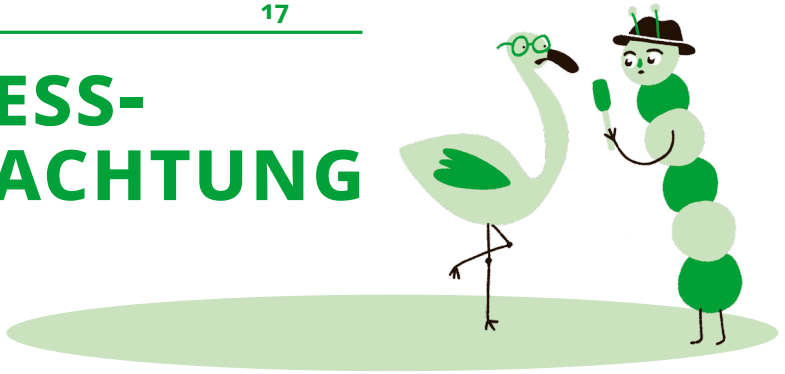
Besonders alarmierend: Thüringen liegt laut Bundeskriminalamt bundesweit bei rechtsmotivierten Gewalttaten pro 100.000 Einwohner*innen auf Platz zwei – direkt hinter Mecklenburg-Vorpommern, noch vor Hamburg, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Das zeigt: Für viele Menschen ist es im Freistaat nicht sicher. Betroffen sind Menschen, die Rassismus und Antisemitismus erleben, queere Menschen, Engagierte in der Kommunalpolitik sowie in der Zivilgesellschaft, die sich für die Demokratie einsetzen.

Die zusätzlichen Verdachtsfälle prüfen wir nun sorgfältig auf eine Nachregistrierung in unserem unabhängigen Monitoring. Nötig ist dies, weil Informationen zu Tatmotiven und Tatkontext fehlen und nicht alle Fälle durch die Polizei öffentlich gemacht wurden.

Angesichts der dramatischen Zahlen appellieren wir an die Verantwortlichen in Land und Bund, die Unterstützung für Betroffene zu sichern. Nur durch fachspezifische Opferberatungsstellen wie *ezra* können Menschen professionelle psychosoziale Begleitung, rechtliche Unterstützung und praktische Hilfe erhalten. Diese Arbeit darf nicht gefährdet werden.

Hintergrund: Die Antwort der Bundesregierung auf die *Kleine Anfrage* von Clara Bünger u. a. »Politisch motivierte Kriminalität – rechts« (Bundestagsdrucksache 21/1418) ist im *Dokumentations- und Informationssystem des Bundestages (DIP)* öffentlich zugänglich. ◀

PROZESS- BEOBACHTUNG



Rassismus in der Straßenbahn

**Betroffener erlebt Beleidigungen
und Bedrohung – Täter verurteilt**

Erfurt. In einer Straßenbahn der Thüringer Landeshauptstadt kommt es im Spätsommer 2024 zu einem rassistischen Vorfall, der mittlerweile vor Gericht verhandelt wurde: Ein junger Mann wird in der Nacht auf dem Heimweg Opfer massiver rassistischer Beleidigungen und körperlicher Bedrohung. Der Täter wurde inzwischen verurteilt – doch der Fall zeigt: Rassismus ist für viele Menschen in Deutschland alltägliche Realität.

Wir bezahlen sein Ticket – rassistische Pöbeleien mitten in Erfurt

Der Betroffene schildert den Vorfall wie folgt: Als er spätabends in einer Erfurter Straßenbahn unterwegs ist, steigen ein Mann und eine Frau zu. Unvermittelt beginnen sie, ihn rassistisch zu beleidigen. Sie rufen unter anderem das N-Wort und schimpfen:

»Wir bezahlen sein Ticket – mit unserem Geld.« Der Mann wird zunehmend aggressiv, bedrängt ihn körperlich und greift sogar nach seiner Tasche.

Klares Verhalten trotz Bedrohung

Trotz der Bedrohung bleibt der Betroffene ruhig und bittet die beiden, ihn in Ruhe zu lassen. Als der Täter jedoch versucht, auf ihn loszugehen, kann dessen Begleiterin Schlimmeres verhindern. Auf die Ankündigung, die Polizei zu rufen, reagieren die Angreifer nur höhnisch: »Die steht auf unserer Seite.« Der Betroffene alarmiert dennoch die Polizei und löst zusätzlich den Notknopf in der Bahn aus.

Polizei kommt, Täter pöbelt weiter

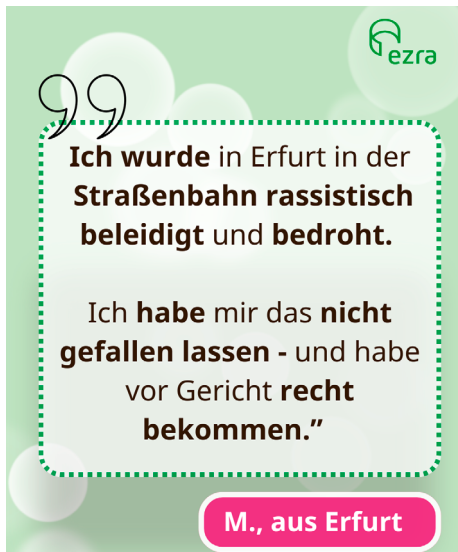
An der Haltestelle »Universität« greift die Polizei ein. Doch auch in Anwesenheit der Beamt*innen hören die Beschimpfungen nicht auf – der Täter beleidigt den Betroffenen sogar während der Aufnahme der Personalien weiter. Der junge Mann erstattet Anzeige und bittet darum, weitere Zeug*innen aus der Bahn zu befragen.

Verurteilung vor Gericht

Das Verfahren vor dem Amtsgericht führt zur Verurteilung des männlichen Täters. Er wird wegen Beleidigung und Bedrohung zu einer Geldstrafe von 25 Tagessätzen verurteilt.

Das ist kein Einzelfall – Betroffener fordert Solidarität

Für den Betroffenen ist klar: Der Vorfall war kein Ausreißer, sondern Teil eines größeren Problems. »*Rassismus ist Alltag – in Bahnen, auf Straßen, vor Behörden*«, sagt er. Mit seiner Geschichte will er andere Betroffene ermutigen, sich zur Wehr zu setzen – und zugleich alle anderen dazu aufrufen, nicht wegzuschauen: »*Schweigen schützt nur die Täter. Wenn du so etwas siehst: Misch dich ein. Wenn du betroffen bist, möchte ich, dass du weißt: Du bist nicht allein.*« ◀



99

Ich wurde in Erfurt in der Straßenbahn rassistisch beleidigt und bedroht.

Ich **habe** mir das **nicht gefallen lassen** - und habe vor Gericht **recht bekommen.**"

M., aus Erfurt

Knockout 51-Prozess

Entpolitisierung und Normalisierung – fehlende Auseinandersetzung mit rechter Ideologie

Seit April 2025 verhandelt das Oberlandesgericht Jena gegen Kevin N., Marvin W. und Patrick Wieschke (*Die Heimat*). Die Generalbundesanwaltschaft wirft ihnen die Mitgliedschaft bzw. Unterstützung der Neonazi-Gruppe *Knockout 51 (KO51)* vor. Diese wird als zunächst kriminelle, später terroristische Vereinigung eingestuft, die spätestens ab 2021 mit dem Ziel agierte, politische Gegner*innen zu töten.

Im Juli steht die Aussage des Hauptangeklagten Kevin N. im Fokus. Auffällig: Viele Medienberichte greifen seine Aussagen unkommentiert auf, teils wörtlich – selbst wenn er Taten verharmlost. Damit droht eine Normalisierung extrem rechter Ideologie und brutaler Gewalt. Was fehlt, sind Erfahrungen der Betroffenen sowie wissenschaftliche Einordnungen zur Ideologie und den Strategien von *KO51*.

Besonders problematisch: Kevin N. inszeniert sich als ›geläutert‹ und verweist auf Inspiration durch den Rechtsextremen Martin Sellner. Damit bedient er Strategien der Neuen Rechten: Selbstverharmlosung und Relativierung, um Repression zu entgehen und Anschlussfähigkeit herzustellen.

Auch die Darstellung von *KO51* als ›unpolitische Sportgruppe‹ fügt sich hier ein – sie widerspricht jedoch klar den Ermittlungsergebnissen.

Im Gericht vorgelesene Chats und abgespielte Audiodateien aus der Telekommunikationsüberwachung belegen rassistische, frauen- und linkefeindliche Aussagen sowie explizite Gewaltfantasien. Immer wieder reagierten die Angeklagten darauf mit Gelächter. Rassistische und antisemitische Feindbilder bagatellierte N. als ›Humor‹.

Dass diese Strategie verfängt, liegt auch am Verfahren selbst: Kevin N. wird kaum mit seiner politische Zielsetzung oder Funden bei Hausdurchsuchungen konfrontiert – ein T-Shirt mit antisemitischem Motiv oder Hitlers *Mein Kampf* – bleiben weitgehend unerwähnt. Ebenso wird die Täter-Opfer-Umkehr N.s kaum hinterfragt, sodass das ›Selbstschutz‹-Narrativ in

Medien weitergetragen wird. Unterbelichtet bleibt auch, dass *KO51* in Eisenach gezielt Angsträume für Linke und Migrant*innen schuf.

Tatsächlich wurde N. bereits 2019 wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt. Zwischen 2017 und 2023 verzeichnete *ezra* zahlreiche Angriffe mit mutmaßlichem *KO51*-Bezug und beriet mehrere Betroffene der Gewalt.

Die politische Dimension rechter Gewalt darf in Gerichtsverfahren und medialer Berichterstattung nicht entkoppelt werden. Das Strafgesetzbuch sieht ausdrücklich vor, dass etwa rassistische Tatmotive strafverschärfend wirken müssen. Die Angriffe von *KO51* waren keine individuellen ›Ausrutscher‹, sondern organisierter Ausdruck einer menschenfeindlichen Ideologie.

Eine laufende Dokumentation des Verfahrens findet sich unter prozessdoku-thueringen.de. ◀



BERATUNGS- ALLTAG



Entschädigung nach einem rechten Angriff

Es ist eine Nacht im Juli 2020. Vor der Staatskanzlei in Erfurt sitzen einige junge Menschen, sie treffen sich das erste Mal seit Lockerung der Corona-Beschränkungen. Plötzlich taucht eine Gruppe Männer auf, mischt sich unter die Anwesenden und greift schließlich koordiniert an. Menschen werden verletzt, einige schwer. Kurz darauf wird bekannt: Unter den Angreifern sind Personen aus der extrem rechten Szene.



Viele Betroffene suchen kurz darauf *ezra* auf. Wir unterstützen bei rechtlichen Fragen, begleiten zur Polizei, machen psychosoziale Beratung. Einige Jahre später kommt es zum Gerichtsprozess. Auch hier begleiten wir die Betroffenen, erklären ihnen, wie eine Verhandlung abläuft.

Über fünf Jahre ist der Angriff nun her, einige Beratungen dauern bis heute an. Neben der Begleitung im Strafverfahren geht es auch um die Frage der Anerkennung. Schmerzensgeld bleibt oft unzureichend. Doch es gibt auch andere Wege: Entschädigung nach SGB XIV oder ein Antrag auf Härteleistungen beim Bundesamt für Justiz. Diesen Schritt hat eine Betroffene gewagt.

Sie hatte damals couragiert eingegriffen, um andere zu schützen und wurde selbst verletzt. Bis heute spürt sie die psychischen Folgen. Gemeinsam haben wir Unterlagen gesammelt, Gutachten eingeholt, Antragsformulare ausgefüllt und den Kontakt zu Behörden hergestellt. Nach einem langen Verfahren kam 2025 schließlich

der Bescheid: Die Entschädigung nach SGB XIV wird gewährt.

Die Betroffene sagt: *»Es war gut, dass wir das angegangen sind. Ich habe das Gefühl, dass es nun auch Anerkennung durch eine staatliche Stelle gibt. Das Schmerzensgeld der Täter war ein Witz. Es ist auch gut, eine unabhängige Entscheidung anzunehmen, ohne das Gefühl haben zu müssen, gleichzeitig die ‚Entschuldigung‘ eines Täters zu akzeptieren. Klar ist, dass die Zahlung die Folgen nie aufwiegen kann. Aber es ist auch etwas Schönes erwachsen: Ich konnte mir etwas kaufen, dass mir gerade wirklich guttut. Ich habe gekämpft und jetzt fühlt es sich so an, als hätte ich etwas erreicht und etwas Neues ist entstanden aus all dem Negativen. Besonders hilfreich war, dass »ezra« an meiner Seite war und mir Sicherheit gegeben hat, dranzubleiben.«*

Der Weg war lang, voller Hürden und belastend. Jeder Schritt bedeutet auch die erneute Auseinandersetzung mit dem Erlebten – mit der Gefahr von Retraumatisierung oder sekundärer Viktimisierung. Entschädigungsleistungen können aber auch Anerkennung ausdrücken und Betroffenen die Möglichkeit geben, nach einem Angriff wieder ein Stück Selbstbestimmung zu gewinnen. Wir wissen auch: Für viele Betroffene bleibt dieser Weg unzugänglich, Verfahren enden ergebnislos oder Anträge werden abgelehnt. Gerechtigkeit darf deshalb nicht allein an staatliche Leistungen geknüpft sein. Wichtig bleibt, dass Betroffene Unterstützung und Solidarität erfahren – in der Gesellschaft, im persönlichen Umfeld und durch die Begleitung professioneller Beratungsstellen. ◀

Entschädigung nach SGB XIV (ehemals OEG – Opferentschädigungsgesetz)

- Anspruch besteht für Personen, die durch eine Gewalttat in Deutschland oder im Ausland körperlich oder psychisch geschädigt wurden
- polizeiliche Anzeige ist für Antragsstellung ratsam
- unabhängig von Bedürftigkeit
- Leistungen werden ab Antragstellung erbracht; Antrag formlos oder mit Formular möglich – Angaben zu Tat und Folgen sind erforderlich
- Leistungen: z. B. Kostenerstattung medizinischer Behandlungen, Berufsschadensausgleich, monatliche Entschädigungszahlungen, schnelle Hilfen wie Traumaambulanz
- wird der Antrag innerhalb eines Jahres nach der Tat gestellt, sind rückwirkende Leistungen möglich
- im Antragsverfahren ggf. weitere Termine mit Gutachter*innen, ärztliche Untersuchungen und Zusammenarbeit an zuständige Versorgungsbehörde notwendig
- weitere Infos unter

Neues Soziales
Entschädigungsrecht

Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz (BfJ)

- Geldzahlung u. a. für Betroffene extrem rechter und antisemitischer Gewalttaten in Deutschland, kann auch für Hinterbliebene gewährt werden
- unabhängig von Bedürftigkeit
- ergänzende Unterstützung und freiwillige Zahlung des Bundes als Zeichen von Verantwortungsübernahme
- Strafverfahren/Anzeige notwendig, aber Antragsstellung und -gewährung z. B. auch ohne Urteil oder identifizierte Täter möglich
- Antrag über Formular, dabei sind Angaben zu Tat und politischem Tatmotiv sowie Schädigungen erforderlich
- bei gewährtem Schadensersatz in zusätzlichem Zivilverfahren, werden diese ggf. mit BfJ-Leistungen verrechnet
- BfJ kann gezahlte Leistungen im Nachgang von Tätern zurückverlangen, wenn diese ermittelt wurden.
- weitere Infos unter

Härteleistungen für
Opfer extremistischer Taten

Arbeiten unter Vorurteilen

»No one should have to endure intimidation, assault or discrimination.«

T. steht jeden Morgen früh auf, um pünktlich im Lager eines Unternehmens in Thüringen zu sein. Er ist zuverlässig, fleißig und will einfach seinen Job machen. Doch das Arbeitsumfeld lässt ihn kaum zur Ruhe kommen. T. ist der einzige Schwarze Mitarbeiter in seiner Abteilung – und das bleibt nicht folgenlos. Von Anfang an wird er mit abfälligen Blicken bedacht, mit »Witzen« provoziert, die keine sind. Schließlich kommt es sogar zu körperlicher Gewalt: Ein Kollege schlägt ihm mehrfach mit der Faust gegen die Brust. Für T. war das kein Ausrutscher.

»I did not fight back; I simply tried to de-escalate the situation.«¹

Doch statt Unterstützung erfährt T. nur Schweigen. Seine Meldung wird nicht ernst genommen, seine Aussagen infrage gestellt. Während andere für Fehler Verständnis erhalten, wird T. für jede Kleinigkeit kritisiert. Die Verantwortung für die Eskalation wird ihm zugeschoben.

»It felt like I was the problem – not the violence I reported.«²

Der Druck wächst, die Isolation auch. Zwei Monate später verliert nicht der Täter den Job – sondern T. Der Angreifer bleibt im Unternehmen.

Als T. sich an die Beratungsstelle wendet, ist ihm die Erschöpfung anzusehen. Ruhig schildert er die Geschehnisse, aber sein Blick verrät die innere Anspannung.

»I want no trouble. I just want to work.«³

Doch Ignorieren schützt nicht vor Ausgrenzung – und nicht vor Gewalt. Es kostet enorme Kraft, sich zu wehren. Und noch mehr, weiterzumachen.

T.s Geschichte zeigt: Diskriminierung und Gewalt am Arbeitsplatz ist keine Ausnahme – sie ist Realität. Besonders, wenn Betroffene rassistisch markiert werden. Der Arbeitsplatz wird dann nicht zum Ort des Miteinanders, sondern zum täglichen Kraftakt.

»Sharing my story is about advocating for a respectful and safe workplace for everyone. No one should have to endure intimidation, assault, or discrimination.«⁴ ◀

¹ Ich habe mich nicht gewehrt, sondern lediglich versucht, die Situation zu deeskalieren.

² Es fühlte sich an, als wäre ich das Problem – nicht die Gewalt, die ich gemeldet hatte.

³ Ich will keinen Ärger. Ich will nur arbeiten.

⁴ Mit meiner Geschichte möchte ich mich für einen respektvollen und sicheren Arbeitsplatz für alle einsetzen. Niemand sollte Einschüchterungen, Übergriffe oder Diskriminierung erdulden müssen.

RÜCK- UND AUSBLICKE



ezra stellt Jahresstatistik 2024 vor

Am 3. April 2025 hat die Opferberatungsstelle *ezra* ihre Jahresstatistik für 2024 vorgestellt: 206 rechte, rassistische und antisemitische Angriffe wurden registriert – ein Höchststand und erstmals über 200 Fälle in einem Jahr. Mindestens 315 Menschen waren direkt betroffen. Damit ereigneten sich wöchentlich vier rechte Gewalttaten in Thüringen. Wir warnen angesichts der alarmierenden Entwicklungen: Rechte Gewalt entwickelt sich im Zusammenspiel mit extrem rechten Einstellungen zu einem Massenphänomen wie in den 1990er Jahren. Besonders häufig waren rassistische Motive (108 Fälle), Angriffe auf politische Gegner*innen (47) und zunehmend queerfeindliche Gewalt (16, fast dreimal so viele wie 2023). Auch antisemitische Attacken bleiben hoch (8). Die meisten Taten fanden in Erfurt (46), Jena (22) und Gera (19) statt. Es braucht dringend die Absicherung von Fachberatungs-

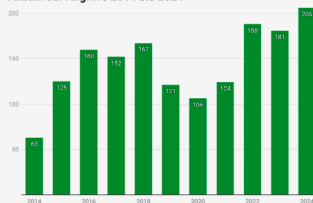
stellen, eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Hasskriminalität sowie eine*n Landesopferschutzbeauftragte*n. Die Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt dürfen nicht im Stich gelassen werden. So unterstützten wir 2024 209 Menschen. Unsere Kolleg*innen der Hatespeech-Beratungsstelle *elly* berieten weitere 103 Personen – beide Beratungsstellen arbeiten an der Kapazitätsgrenze.

2024 Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Thüringen - Jahresstatistik

Für 2024 registrieren wir 206 rechte Gewalttaten und Bedrohungen. Das sind erstmals mehr als 200!

Rechte Gewalt ist eine akute Gefahr für die Menschen in Thüringen!

Anzahl der Angriffe 2014 bis 2024



Mehr Informationen:
www.ezra.de/jahresstatistik2024





Zu Gast auf der Fachtagung

Resilienz stärken. Wie weiter in Zivilgesellschaft, Jugendsozialarbeit und Jugendarbeit

Am 10. März 2025 hatten u. a. die *BAG Evangelische Jugendsozialarbeit* und die *BAG Kirche und Rechtsextremismus* geladen, um im Rahmen einer Fachtagung die Folgen von Rechtsextremismus, Rassismus, Populismus und Demokratieskepsis für die Jugendsozialarbeit und politische Jugendbildung zu diskutieren. Perspektiven aus bundesweiten Arbeitszusammenhängen kamen zur Sprache.

Wir diskutierten mit Romy Arnold (*Mobit*) und Samuel von Frommannshausen (*CJD*) die Fragen: Wie kann Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Zivilgesellschaft junge Menschen in Thüringen unterstützen und stärken? Was können Faktoren für Handlungsfähigkeit sein und welche Allianzen und Strategien stärken Resilienz?



Thüringer Zustände 2024

Eskalierender Rechtsextremismus gefährdet Demokratie, Sicherheit und Menschen

Am 23. Juni 2024 veröffentlichten *ezra*, *MOBIT*, *KomRex* und *IDZ* die *Thüringer Zustände 2024*. Mit alarmierenden Erkenntnissen: Rechte Gewalt erreicht ein Rekordhoch, queerfeindliche Übergriffe nehmen zu, antisemitische Vorfälle häufen sich. Gewaltbereite Neonazi-Jugendgruppen erstarken, während die *AfD* bei allen Wahlen massiv zulegt. Um Wahlberechtigte zu mobilisieren, verbreitete die Thüringer *AfD* 2024 revisionistische und verklärende Deutungen der NS- und DDR-Vergangenheit, um damit die liberale Demokratie zu delegitimieren und die Erinnerungskultur zu diffamieren.

Mit ihrer Sperrminorität blockiert sie nun demokratische Prozesse und nutzt das Parlament als Bühne für rechtsextreme Hetze. Klar ist: Die Thüringer *AfD* ist zum zentralen Gravitationspunkt der extremen Rechten geworden.

Die Herausgebenden fordern: Im Umgang mit ihr müssen die Samthandschuhe endlich ausgezogen und alle rechtsstaatlichen Mittel zur Bekämp-

fung ergriffen werden. Es braucht jetzt den klaren Fokus auf die Stärkung demokratischer Institutionen, sozial-politischer Maßnahmen und Zivilgesellschaft. Kürzungen im Bereich der Demokratieförderung wären in dieser Lage fatal.

Die *Thüringer Zustände* liefern faktenbasierte Analysen und erscheinen 2024 bereits im fünften Jahr. Kostenfreie Druckexemplare können bei den Herausgeber*innen bezogen werden, eine digitale Version ist als Download erhältlich.



Jahrestag rassistischer Ausschreitungen 1975 in Erfurt



Am 10. August 2025 jährten sich die rassistischen Ausschreitungen gegen algerische Vertragsarbeiter in Erfurt zum 50. Mal. Rund 100 Menschen ver-

sammelten sich um 17 Uhr auf dem Domplatz, um gemeinsam zu gedenken. Drei Zeitzeug*innen aus Algerien berichteten eindrücklich von ihren Erlebnissen. Auch wir von der Beratungsstelle *ezra* brachten unsere Perspektive ein.

Die Ereignisse von 1975 waren keine Einzelfälle oder plötzliche Ausbrüche, sondern Ausdruck eines tief verwurzelten Rassismus, der bis heute fortwirkt – wenn auch in anderer Form. Als Beratungsstelle unterstützen wir Betroffene rechter und rassistischer Gewalt und erstellen ein unabhängiges Monitoring dazu in Thüringen. Erfurt steht dabei regelmäßig an der Spitze der Statistik.

Angriffe finden mitten im Alltag statt – auf Straßen, Plätzen, in Parks. Doch sie bleiben oft unbenannt und unbeachtet. Für die Betroffenen ist das eine doppelte Belastung: die Tat selbst und die anschließende Verweigerung ihrer Anerkennung.

Rechte Gewalt trifft nicht nur Einzelne, sondern sendet eine Botschaft an ganze Gruppen: »Du bist hier nicht willkommen.« Doch diese Botschaft bleibt oft unerwähnt. Täter bleiben straffrei, Opfer stehen allein da.

Der Anger in Erfurt ist heute ein Ort der Vielfalt – und wird zugleich zunehmend stigmatisiert. Die daraus entstehenden Erzählungen richten sich oft gegen marginalisierte Menschen. Rechte Gewalt dort bleibt meist

unbenannt. Im August 2023 etwa kam es zu einem rassistisch motivierten Angriff, der vor Gericht nicht als solcher gewertet wurde. Die Betroffenen blieben ungehört.

Das ist keine Ausnahme, sondern strukturelle Realität. Erinnern ist deshalb kein Ritual, sondern ein politischer Akt. Wir gedenken der Gewalt von 1975 – und klagen die Kontinuitäten bis heute an. Es liegt an uns allen, Rassismus sichtbar zu machen und Solidarität zu leben.

Lasst uns gemeinsam erinnern – und handeln.



Pride Season 2025



In diesem Sommer fanden zum ersten Mal Christopher-Street-Days in Ilmenau, Suhl und Mühlhausen statt – ein bedeutender Meilenstein für queere Sichtbarkeit in Regionen, in denen queeres Leben bisher kaum öffentlich wahrgenommen wurde. Diese

Veranstaltungen waren weit mehr als nur bunte Feste mit Fahnen, Musik und Redebeiträgen: Sie waren politische Statements gegen Ausgrenzung, Ignoranz und Ablehnung. Mutige Menschen gingen trotz Widerstand, Anfeindungen und Bedrohungen auf die Straße, um für Vielfalt und Gleichberechtigung einzustehen. Dabei entstanden neue Netzwerke und solidarische Gemeinschaften, die Räume öffneten, in denen queere Identitäten sichtbar, anerkannt und gefeiert werden konnten.

Gerade in ländlichen Gegenden, wo queeres Leben oft im Verborgenen bleibt, weil Schutzräume, Vorbilder oder Unterstützung fehlen, sind solche CSDs von enormer Bedeutung. Sie geben vielen Menschen erstmals die Möglichkeit, sich zu zeigen und zu verbinden – und vor allem zu erfahren: »*Wir sind nicht allein.*« Trotz Zwischenrufen, Protesten und Störungen blieb die zentrale Botschaft klar: Queeres Leben existiert überall, und Rechte sowie Respekt dürfen nicht vom Wohnort abhängen.

Die Organisation dieser Veranstaltungen war das Ergebnis monatelanger, ehrenamtlicher Arbeit, die von Beharrlichkeit, Mut und Kreativität getragen wurde. Diese Bewegung macht Veränderung sichtbar, löst Diskussionen aus, fordert Vorurteile heraus und zeigt, dass selbst dort, wo Wandel lange unmöglich schien, neue

Wege entstehen können. Menschen, die bleiben, gestalten und sich nicht länger verstecken wollen, treiben diesen Wandel voran.

Es geht um mehr als nur Präsenz – es geht um grundlegende Rechte und Anerkennung. Jeder *Christopher-Street-Day* setzt ein deutliches Zeichen für Respekt, Gleichbehandlung und die unerschütterliche Kraft der Gemeinschaft. Diese CSDs sind Ausdruck der Hoffnung und des Muts vieler, die sich gegen Ausgrenzung erheben – und zeigen, dass Solidarität und Sichtbarkeit Leben verändern können.



Thadine-Fachtag

Inklusive Zivilgesellschaft

Am 3. September 2025 waren wir beim *Thadine-Fachtag*. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie wir Teilhabe und Gleichstellung in allen Lebensbereichen

stärken. Gemeinsam mit Akteur*innen aus Wissenschaft, Politik und Praxis sprachen wir über Wege zu mehr Inklusion. Wir analysierten sichtbare und unsichtbare Barrieren, hörten marginalisierte Perspektiven und diskutierten, wie zivilgesellschaftliche Organisationen Veränderung anstoßen. Klar wird: Inklusion passiert nicht nebenbei – sie braucht bewusste Entscheidungen, Solidarität im Alltag und konkrete Strukturen für eine gerechte, widerstandsfähige Gesellschaft.



Fachtag

Rassismussensible Kirche

Am 30. September 2025 fand in Erfurt der Fachtag »Auf dem Weg zu einer rassismussensiblen Kirche« der *Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM)* statt, den auch wir mitorganisiert haben. Haupt- und Ehrenamtliche aus Kirchengemeinden und der Bildungsarbeit nahmen teil. Ausgangspunkt war die Frage: Wie offen, vielfältig und antirassistisch ist Kirche – in Strukturen, Angeboten und im eigenen Denken?

Den Einstieg ins Thema machte Dr. Jan Lemke (Präsident Landeskirchenamt *EKM*), der dazu ein Gespräch mit

dem Thüringer Demokratiepreisträger Oumar Diallo führte. Darauf folgte ein Impulsreferat von Dr. Nathalie Eleyth, in dem Begriffe wie Rassismus, seine Erscheinungsformen und die Rolle der Kirche kritisch beleuchtet wurden. Anschließend fand in Workshops eine intensive Auseinandersetzung mit Themen wie postkoloniale Kirche, rassismuskritische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sowie der Rolle von Sprache und Bibeltexten statt. Den Abschluss bildete ein Plenum mit Landesbischof Friedrich Kramer, in dem nächste Schritte auf dem Weg zu einer rassismussensiblen Kirche sichtbar wurden.



Erinnern heißt Handeln

Erster offizieller Gedenktag für die Todesopfer rechter Gewalt in Erfurt



Am 18. Oktober 2025 fand in Erfurt zum ersten Mal ein offizieller Gedenktag für die Opfer rechter Gewalt statt. Seit 1990 haben wir in Thüringen mindestens zwölf Todesopfer rechter Gewalt dokumentiert – in Erfurt allein drei. Heinz Mädels (1990), Ireneusz Szyderski (1992) und Hartmut Balzke (2003) wurden hier aus Motiven gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit getötet. Keiner der drei wurde bislang offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt.

Tatsächlich wurde bislang in Thüringen nur Karl Sidon (getötet 1993 in Arnstadt) behördlich als Todesopfer rechter Gewalt gewürdigt. Für die Angehörigen ist das schmerzhaft, für die Gesellschaft beschämend. Wir fordern, dass alle Opfer endlich anerkannt

GEDENKTAG. GEDENKTAG. GEDENKTAG.

† Heinz Mädels † Ireneusz Szyderski † Hartmut Balzke

**ERFURT
GEDENKT
DEN OPFERN
RECHTER
GEWALT**



**18.10.2025
12-20 UHR | DOMPLATZ**

werden – denn Anerkennung bedeutet Verantwortung zu übernehmen. Und sie ermöglicht es den Hinterbliebenen, Entschädigungsleistungen beim Bundesamt für Justiz zu beantragen.

Der Gedenktag ist ein Signal: Wir erinnern nicht nur, wir stellen uns auch der Gegenwart. Rechte Gewalt ist in Thüringen keine Randerscheinung – 2024 haben wir über 200 Angriffe dokumentiert, ein trauriger Höchststand. Jede Zahl steht für Menschen, die verletzt, bedroht oder traumatisiert wurden.

Der Gedenktag ist eine Errungenschaft von Initiativen und Selbstorganisationen, die seit Jahren für Anerkennung, Sichtbarkeit und Unterstützung kämpfen. *ezra* organisierte im Rahmen des Gedenktags eine Podiumsdiskussion mit dem Thema »Die staatliche Anerkennung von Todesopfern rechter Gewalt – Folgen für Hinterbliebene und Herausforderungen im Prozess«. Diese Podiumsdiskussion setzte sich u. a. mit der unabhängigen wissenschaftlichen Überprüfung der Thüringer Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 ausei-

nander. Diese wurde 2018 vom Landtag beschlossen, vier Jahre später wird diese durch das *Thüringer Innenministerium für Inneres und Kommunales* beauftragt. Bis heute sind die Ergebnisse der Untersuchung nicht veröffentlicht. Die damit verbundene staatliche Anerkennung bleibt somit bis heute aus. Die Diskutant*innen sprachen u. a. auch über die Rolle von Politik, Medien, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Beratungsstellen im Prozess der Aufarbeitung. Auf dem Podium waren zu Gast: Dirk Laabs, Journalist und Autor, Katharina König-Preuss, MdL *Die Linke* im Thüringer Landtag, Franziska Schestak-Haase, Beraterin bei *ezra* sowie als Moderatorin Heike Kleffner, Journalistin und Geschäftsführerin des *Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V.*

Weitere Programmpunkte unserer Mitveranstalter*innen: »Queere Erinnerungskultur und Gewaltkontinuitäten – vom Nationalsozialismus bis in die Gegenwart« – Podiumsdiskussion,



»35 Jahre deutsche Einheit erinnern, erzählen, gestalten« – Der Wandel Ostdeutschlands aus Sicht der Menschen mit Migrationsbiografie, »Erinnern heißt verändern. Stimmen gegen das Vergessen«, »Antifeminismus als Bindeglied politischer Strömungen«, »Theater der Unterdrückten« – Interaktive Theateraufführung, »Orte des Erinnerns« – Stadtrundführung des *Blinde Flecken* e. V.



Wir danken insbesondere den *Blinde Flecken Erfurt* e. V., die sich für diesen städtischen Gedenktag eingesetzt haben. Weitere Organisator*innen sind: *Vielfalt leben – QueerWeg Verein für Thüringen* e. V., *Migranetz Thüringen*, *ISD Initiative Schwarze Menschen in Deutschland* e. V., *LIGA Selbstvertretung Thüringen*, *LaFit* und *ezra*.

In Gedenken an Heinz Mädel (Erfurt, 1990), Ireneusz Szyderski (Erfurt-Stotternheim, 1992), Karl Sidon (Arnstadt, 1993), Mario Jödecke (Schlotheim, 1993), Sandro Beyer (Sondershausen, 1993), Rolf Baginski (Nordhausen, 1997), Jana G. (Saalfeld, 1998), Axel Urbanietz (Bad Blankenburg, 2001),

Hartmut Balzke (Erfurt, 2003), Oleg Valger (Gera, 2004), Klaus-Peter Kühn (Suhl, 2012), Mario K. (Altenburg, 2020).



Möllner Briefe

Filmvorführung am 2. November mit anschließendem Gespräch

Am 23. November 1992 verübten Neonazis Brandanschläge auf zwei von türkischstämmigen Familien bewohnte Häuser in Mölln. Dabei starben Yeliz Arslan (10), Ayşe Yılmaz (14) und Bahide Arslan (51), die zuvor ihren Enkel İbrahim (7) vor dem Tod rettete. Mehrere Menschen wurden verletzt. Nach den Anschlägen schrieben hunderte Menschen solidarische Briefe, die die Familien jedoch nie erhielten.

Erst Jahrzehnte später entdeckte eine Studentin sie zufällig im Stadtarchiv. Martina Priessners Dokumentarfilm *Die Möllner Briefe* erzählt diese Geschichte, gibt den Betroffenen eine Stimme und zeigt Solidarität, von der sie nichts wussten. Im Anschluss an den Film findet ein Gespräch mit der Regisseurin, İbrahim Arslan und einer Beraterin von *ezra* statt. Die Veranstaltung wird in Zusammenarbeit mit dem *Kinoklub Erfurt*, der *Landeszentrale für politische Bildung Thüringen* und dem *Erinnerungsort Topf & Söhne* durchgeführt.



**Beratungsstelle für Betroffene
von Hatespeech in Thüringen**

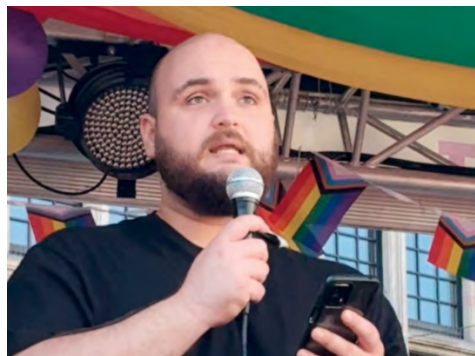


Sichtbar trotz Hass

**Queeres Leben und demokratisches
Engagement in Thüringen**

Der *Christopher-Street-Day* gewinnt in Deutschland an Bedeutung. Er steht für den Kampf queerer Menschen für Gleichberechtigung in allen Bereichen des Lebens. Besonders in ländlichen Regionen ist es entscheidend, sichtbar zu sein. Gerade dort erfahren queere Menschen Anfeindungen.

In Thüringen gab es im Jahr 2025 so viele *CSDs* wie nie zuvor. *elly* hat einige von ihnen besucht und über unsere Beratungsarbeit aufgeklärt.



Jan Möller, Referent für Öffentlichkeitsarbeit bei *elly*.

Trotz der hohen Besucher*innenzahlen und dem wahrnehmbaren Interesse vieler Anwohner*innen, kam es bei so gut wie jedem *CSD* zu Anfeindungen und Gegendemonstrationen von Rechtsextremist*innen. Das zeigt deutlich, wie wichtig die Arbeit der vielen Ehrenamtlichen ist, die viel Zeit und Energie in die Planung und Durchführung stecken. Umso wichtiger ist es, dass es mit *elly* und *ezra* Beratungsstellen gibt, die die Betroffenen unterstützen. Meist ehrenamtlich aktiv sind auch Lokal- bzw. Kommunalpolitiker*innen. Immer wieder melden sich Menschen bei uns, die sich in ihrer Freizeit auf lokal- und kommunalpolitischer Ebene engagieren und deswegen online angefeindet werden. Besonders schwer trifft es junge Frauen. Hier verschmelzen Demokratiefeindlichkeit und Sexismus miteinander, was oft einen besonders großen Leidensdruck bedeutet. Dabei haben die Androhungen im Netz ein neues Niveau erreicht. Wir haben mehrmals erlebt, wie Morddrohungen teils unter Klarnamen verschickt werden. ◀

elly entwickelt sich weiter

Online Beratung und Monitoring gegen Hatespeech

elly ist die Anlaufstelle für Betroffene von Online-Hatespeech in Thüringen. Bisher sind wir telefonisch, per E-Mail, über unsere Website und die sozialen Medien erreichbar. Ab November gehen wir gemeinsam mit unserem Dachverband *VBORG e. V.* einen wichtigen nächsten Schritt: mit der Online-Plattform *Connecta* können wir jetzt auch datenschutz-konform und auf Wunsch komplett anonym beraten.

Das senkt die Hemmschwelle für Beratungssuchende enorm und ermöglicht es uns, an der Seite von Menschen zu stehen, die sonst vielleicht nicht bereit wären, Hilfe zu suchen. Die Plattform kann man bequem über unsere Website erreichen.

Um das breite Spektrum des Online-Hatespeech besser verstehen zu können, haben wir ein Pilotprojekt zusammen mit dem *IDZ* und *Toneshift* gestartet. Durch ein Monitoring von verschiedenen Sozialen Medien wollen wir erfahren, wo Online-Hatespeech in Thüringen gehäuft auftritt und wer die zentralen Akteur*innen in Thüringen rund um dieses Phänomen sind. ◀

elly berät dich in
thüringen bei allen
wichtigen Fragen rund
um #hatespeech

www.elly-beratung.de

☎ 0361. 66 33 62 60

✉ info@elly-beratung.de

🐦 [@elly_Beratung](https://twitter.com/elly_Beratung)

📷 [/elly_against_hatespeech/](https://www.instagram.com/elly_against_hatespeech/)

f [elly_against_hatespeech](https://www.facebook.com/elly_against_hatespeech)

🎵 [@elly_against_hatespeech](https://www.spotify.com/de/artist/elly_against_hatespeech)

🐦 [@elly-beratung.bsky.social](https://twitter.com/elly-beratung.bsky.social)

Kontakt *elly*

Fünfzehn Jahre *ezra*

Das Versprechen erneuern!

2026 wird *ezra* 15 Jahre alt. Seit der Gründung in 2011 ist es gelungen, in Thüringen ein Beratungs- und Unterstützungsangebot für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt zu etablieren: Tausende Menschen, die bedroht, verletzt, angegriffen wurden, haben seitdem Hilfe bei uns gefunden.

Vor 15 Jahren wurde auch das Landesprogramm *Denk Bunt* ins Leben gerufen – auf Grundlage eines Beschlusses aller im Thüringer Landtag vertretenen Fraktionen und als zentrale Strategie der Landesregierung unter Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU). Im selben Jahr hat sich auch der rechtsterroristische *NSU* selbst enttarnt: eine Zäsur, die ein überparteiliches Versprechen

nach sich zog – dass solch eine rassistische Mordserie und das damit einhergehende staatliche Versagen nie wieder geschehen dürfe.

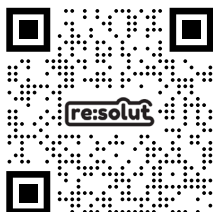
Doch heute müssen wir feststellen: Dieses Versprechen wurde nicht erfüllt. Viele Lehren sind nicht umgesetzt, rassistische Gewalt erreicht Rekordzahlen, demokratisches Engagement wird diffamiert und mit gefährlichen Lügen attackiert.

Darum appellieren wir: Kehren wir zurück zu dem Mut und der Klarheit von damals! Demokratie und Menschenrechte sind keine »Ideologie«, sondern Fundament und Verantwortung. Dazu gehört vor allem, Beratungs- und Unterstützungsstrukturen langfristig zu stärken – an der Seite der Betroffenen. ◀

ezra arbeitet in Trägerschaft des *re:solut e.V. (Rundum engagiert: solidarische Unterstützung in Thüringen e.V.)*, einem selbstständigen Werk der *Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM)*. Seit April 2011 unterstützt die Beratungsstelle Menschen, die angegriffen werden, weil Täter*innen sie einer von ihnen abgelehnten Personengruppe zuordnen. Gefördert wird die Opferberatungsstelle im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie über das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit *DenkBunt*.

RE-SOLUT.ORG/BETTERPLACE

WETTERFEST MACHEN!



Spende für die Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt

Rechte Gewalt trifft Menschen – online und offline. 2024 erreichte rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Thüringen mit mehr als 200 Angriffen erneut einen Höchststand. *ezra* und *elly* stehen den Betroffenen professionell zur Seite, begleiten sie in Strafverfahren, vermitteln Therapeut*innen und helfen, Entschädigungszahlungen durchzusetzen. Aber die Finanzierung der Beratungsstellen ist nicht gesichert, sie bangen Jahr um Jahr um die staatliche Förderung.

Aufgrund der aktuellen politischen Mehrheiten wird sich diese Unsicherheit weiter verschärfen – gerade in Thüringen. Mit deiner Spende hilfst du, die wichtige Unterstützung für Betroffene rechter Gewalt zu erhalten. Denn mit deiner Hilfe baut der Trägerverein *re:solut e. V.* eine Rücklage für den Notfall auf. **Spende jetzt bei Betterplace – damit Hilfe bleibt!**





Impressum



*Beratung für Betroffene rechter, rassistischer
und antisemitischer Gewalt in Thüringen*

Juri-Gagarin-Ring 96/98
99084 Erfurt

Tel 0361.21 86 51 33

Fax 0361.21 86 30 13

Email info@ezra.de

www.ezra.de

Gestaltung Franziska Stübgen

Illustrationen Slinga

V.i.S.d.P. Franz Zobel

Erfurt, 20. Oktober 2025

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungs-
äußerung des TMSGAF oder des BMBFSFJ
dar. Für inhaltliche Aussagen und Meinungs-
äußerungen tragen die Publizierenden
dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Dank

Auch in den vergangenen Monaten haben viele Menschen in den Opferhilfsfonds der EKM für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen gespendet und so bei der materiellen und finanziellen Aufarbeitung der Gewalterfahrungen unterstützt. Dafür möchten wir Ihnen und Euch danken! Leider mussten wir auch erleben, dass kontinuierliche Begleitung und Vertretung durch eigene Rechtsanwält*innen in Strafprozessen nicht ohne die Garantie einer Kostenübernahme gesichert werden kann. Daher möchten wir weiterhin dazu motivieren, für diesen Fonds zu spenden, eine gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und dazu beizutragen, Betroffene im Sinne einer praktischen Solidarität bestmöglich zu unterstützen.

Spendenkonto

Ev. Kirche Mitteldeutschland

IBAN DE26 5206 0410 0008 0000 00

Bank Evangelische Bank

BIC GENO DEF 1EK1

Kennwort Opferhilfsfonds

Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Bei Beträgen bis zu 300 € gilt der Einzahlungsbeleg als Spendenquittung. Bei höheren Spendenbeträgen senden wir auf Wunsch gern eine Spendenbescheinigung zu. Nehmen Sie hierzu bitte Kontakt mit unserer Geschäftsstelle auf.